

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Band: 1 (1982)

Heft: 3: Benzin statt Brot

Artikel: Verheerender Einschnitt

Autor: Reimann, Robert

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586455>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Seite der «anderen Seite»

Alt Ständerat Robert Reimann (Aargau) macht sich im «Badener Tagblatt» Gedanken über die Konsequenzen einer Rahmenbewilligungsverweigerung für Atomkraftwerke. Sein Fazit:

VERHEERENDER EINSCHNITT!

“

Kürzlich wurde im Kanton Solothurn eine sogenannte «Atom-Initiative» abgelehnt. In anderen Kantonen wurden ähnliche Volksbegehren aber vom Volk gutgeheissen. Sie alle zielten darauf ab, das mit demokratischen Mitteln erarbeitete eidgenössische Atomgesetz und den dazugehörenden Bundesbeschluss zu durchlöchern, in ihrem Sinne abzuwandeln. Alle diese kantonalen Volksbegehren sind Reaktionen auf abgelehnte eidgenössische Vorstösse. Die Strategie lautet: Das Feld von der Basis her aufrollen. Die Kernkraftwerkgegner, vor allem ihr harter Kern, werden nicht müde, ihren Zielen zum Durchbruch zu verhelfen, koste es, was es wolle. Die politische Verunsicherung wird in gleichem Masse grösser, wie sich die früher so hochgespielte Angst vor der Technik verringert. Es besteht tatsächlich bereits die Gefahr, dass politische Motive einen wichtigen energiepolitischen Entscheid, wie beispielsweise die Erteilung einer Rahmenbewilligung für die Erstellung eines Kernkraftwerkes, massgebend beeinflussen könnten.

Es wäre ein Signal

Abgesehen davon, dass Entscheide auf dem Energiesektor zu den wichtigsten überhaupt gehören und dass das Treffen solcher Entscheide ungeheures Verantwortungsgefühl der ganzen Nation gegenüber erfordert, geht von ihnen eine Signalwirkung aus, die nicht unterschätzt werden darf. Wird eine Rahmenbewilligung erteilt, wenn die genau umschriebenen, zahlreichen Bedingungen erfüllt sind, bedeutet dies ein Ja zur bestehenden Ordnung. Es wird damit das Zeichen gesetzt für ein Festhalten am Prinzip der verschiedenen Ebenen und nichts anderes gesagt, als dass Aufgaben von nationaler Bedeutung, wie eben die Energieversorgung oder aber auch verkehrs- oder wehrtechnische Probleme, nur auf nationaler Ebene angepackt und gelöst werden können. Wird eine Rahmenbewilligung unter gleichen Bedingungen, aber auch aus rein politischen Gründen verweigert, heisst das, dass man von diesem Grundsatz ein für allemal abweicht.

Die Folgen

Es ist unbestritten, dass dannzumal kein einziges nationales Werk mehr begonnen, geschweige denn vollendet werden könnte. Verkehrsfragen würden am Regionsgeist und am St.-Florians-Prinzip scheitern, das heisst unbeantwortet bleiben. Unsere Armee würde zu einem sinnlosen, schwachen Haufen werden, weil auf keinem Waffenplatz mehr Soldaten ausgebildet und Waffen erprobt werden könnten. Unsere Energieversorgung würde zusammenbrechen, weil die Errichtung der Erzeugungsstätten verunmöglicht würde. Grosse Werke des öffentlichen Verkehrs, aber auch der Wasserversorgung wären undenkbar. Kurz, wir würden auf ein Chaos zusteuern, das letztendlich unsere gesamte Wirtschaft und damit unsere Lebensgrundlage zerstören würde.

Beispiele

Wer behauptet, dies sei übertrieben oder gar an den Haaren herbeigezogen, wird schnell eines Besseren belehrt durch ein paar Beispiele. Nicht nur Atomkraftwerken gegenüber besteht Opposition. Das Beispiel des Wasserkraftwerks Ilanz zeigt, dass zum Teil die gleichen Leute mit anderen Argumenten auch dagegen Sturm laufen. Am Beispiel der N 7 im Kanton Thurgau wird klar, dass eine Nationalstrasse mitten im Grünen abrupt enden könnte und würde, wenn regionale Einzelinteressen massgebend wären. Hinsichtlich der Waffenplätze existieren genügend Beispiele, wo unsere Soldaten ausgebildet würden, wenn nicht nationales Interesse den Vorrang hätte. Den paar erwähnten «Mustern» könnten noch viele angefügt werden. Es wäre wahrhaft ein verheerender Einschnitt, wenn eine Rahmenbewilligung aus politischen Gründen verweigert würde. Seldwylereien am laufenden Band wären die tödliche Folge für unseren Staat, für uns alle.

Robert Reimann, alt Ständerat

”



«Ohne
eine gewisse Narrenfreiheit,
ohne ein Gran Leichtfertigkeit
und ohne Übermut
kommen Ideen
nicht so leicht zustande.
Unsere Parteien
und unsere Parlamente
sind nicht dazu geeignet,
sie nehmen sich zu seriös,
ihr Instinkt
ist auf Macht gerichtet,
und Macht heisst
in der Schweiz,
Behörde zu werden,
das Vorhandene
zu verwalten, aber nicht
Neues vorzuschlagen.»
Friedrich Dürrenmatt

AZ 4000 Basel 2

Adressänderungen an: SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich